Das „Berliner Tageblatt“ erscheint täglich des Morgens, mit Ausnahme Montags, und ist durch die Expedition Jerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 35, sowie durch alle Zeitungs-Spediteure und Post-Anstalten des Reiches zu beziehen.
Redaktion: Jerusalemerstr. 48.

Der Abonnements-Preis beträgt inclusive Donnerstags-Beilage „Ulk“ und „Sonntagsblatt“ vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. incl. Botenlohn, monatlich 1 Mark 75 Pf.; durch die Post bezogen 5 Mark 25 Pf. pr. Quartal.
Inserate, pr Zeile 50 Pf. („Berliner Stadt-Anzeiger“ 30 Pf.), werden Jerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 35, angenommen.

Berliner Tageblatt.

Nr. 74. Berlin, Donnerstag, den 28. März 1878. **Hauptblatt.**

Wir richten namentlich an unsere geehrten auswärtigen Abonnenten die höfliche Bitte,

die Erneuerung des Abonnements bei den resp Postanstalten möglichst frühzeitig anmelden zu wollen,

damit die prompte Zusendung des Blattes **keine Unterbrechung** erleide.

Im Feuilleton des „Berliner Tageblatt“ beginnt Anfangs April **ein neuer dreibändiger Roman:**

„Die Töchter des Consuls“

von

Balduin Möllhausen.

Wie alle Romane dieses allgemein beliebten Erzählers, glänzt auch der ebengenannte durch eine Fülle farbenprächtiger Schilderungen aus den Tropenländern und wird durch seine spannende, auf den verschiedensten Schauplätzen sich abspielende Handlung die Leser in hohem Grade fesseln.

Der **Abonnementspreis** für das „Berliner Tageblatt“ nebst **„Ulk“** und **„Berliner Sonntagsblatt“** beträgt nach wie vor

nur 5 Mark 25 Pf.

vierteljährlich für **alle drei** Blätter zusammen.

Alle Postanstalten, in Berlin auch sämmtliche Zeitungs-Spediteure, sowie die unterzeichnete Expedition nehmen jeder Zeit Bestellungen entgegen.

Die Expedition des „Berliner Tageblatt“.

Sieg und Niederlage.

Der vorgelegte Nachtragsetat, welcher dem Abgeordnetenhause in den letzten Tagen der vorigen Woche zugegangen war, erweist sich von Tag zu Tage mehr als ein Domino, unter dem in aller Stille eine Ministerkrisis auf die Bühne getreten ist. Unsere bereits vorgestern gebrachte Notiz von dem Rücktritt des Herrn Handelsministers fand dadurch ihre Bestätigung, daß derselbe in der gestrigen Sitzung nicht mehr erschienen war. Nach der Rede des Herrn Minister-Präsidenten vom Sonnabend war dies auch kaum zu erwarten, und seine gestrige Rede ließ keinen Zweifel darüber, daß der Rücktritt des Herrn Achenbach eine feststehende Sache sei. Man sollte wenigstens annehmen können, daß sich Fürst Bismarck sonst nicht zum Herold von Klagen gemacht haben würde, die sich aus ganz offiziellen Kreisen, namentlich aus der Reichspostverwaltung und aus der Forstverwaltung gegen das bisher beobachtete System der Eisenbahnverwaltung und namentlich gegen das Tarifsystem derselben erhoben haben. Auch der abgegangene Finanzminister erhielt nachträglich noch einen kräftigen Stoß, indem der Fürst ausführte, daß wir unter der Amtsführung desselben in unserer Steuerentwickelung weit zurückgeblieben seien, und daß es energischer Anstrengungen bedürfen werde, um uns auf gleiches Niveau mit den übrigen Kulturstaaten zu bringen. Was von lebendigen Ministern noch vorhanden und anwesend war, die Herren Friedenthal und Falk, sie trugen, namentlich der letztere, bereits alle Symptome der Schwindsucht an sich. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß zwischen der Kurie und dem deutschen Reich ein Einvernehmen oder wenigstens ein modus vivendi erzielt wird, so liegt es trotz aller offiziösen Dementis recht nahe, daß auch Herr Falk aus Courtoisie, selbst wenn ein eigentlicher Systemwechsel damit nicht verbunden wäre, geopfert werden wird.

Vom Fürsten Bismarck wird es gerühmt, daß er durch seine Offenheit in der Politik die größten Erfolge erzielt habe, allein man darf dies doch nicht zu wörtlich nehmen, und vollends scheint es nicht auf die innere Politik zu passen. Sein gegenwärtiges Verfahren entbehrt jedenfalls der Offenheit, — die so ostensibel geführten Unterhandlungen mit den Nationalliberalen erscheinen heute im Lichte verdeckter, niemals ernst gemeinter Schachzüge, — und sollte der von ihm jetzt eingeschlagene Weg auch zu dem von ihm gewünschten Ziele führen, so ist die moralische Niederlage, die er dabei erleidet, nicht mehr fortzuwischen. Es war kein großer Mann, der da gestern vor uns stand, kein Mann, der mit starker und kühner Hand, furchtlos im Bewußtsein guten Rechtes seine Pläne entwirft und mit Offenheit durchzuführen versucht; es tritt uns vielmehr eine Maschenarbeit von kleinen Versuchen entgegen, ein maskirtes Ziel zu erreichen, ein Netz, dessen Fäden in jedem Augenblicke sichtbarer werden. Denn es kann schon, während wir dies schreiben, doch zweifelhaft erscheinen, ob dem Fürsten Bismarck an der vorgeschlagenen Verwaltungsorganisation überhaupt noch etwas gelegen ist, da der muthmaßliche Hauptzweck, die Minister Camphausen und Achenbach beseitigt zu sehen, inzwischen bereits erreicht ist.

Ein Hauptangriff gegen den Handelsminister stützte sich auf eine ausführliche Beschwerdeschrift des Generalpostmeisters gegen die Feindseligkeit, mit welcher die Eisenbahnverwaltung der Post-Verwaltung überall begegne, und eine andere Beschwerde von einer höheren Forstbehörde legte die Schädigung dar, welche angeblich aus einer falschen Frachttarifirung für die Holzbesitzer, namentlich dem Auslande gegenüber, entstehe. Wenn es nun klar ist, daß der Fürst mehr und mehr einer reaktionären Wirthschaftspolitik huldigt, und daß es ihm nicht gelungen ist, den Widerstand des Handelsministers, dem die Eisenbahnen unterstellt sind, zu brechen, so lag natürlich zunächst der Versuch nahe, ihm das Eisenbahnressort zu entziehen und einen besonderen Eisenbahnminister zu ernennen, der sich von vornherein mit seiner Wirthschaftspolitik einverstanden erklärt und sich gefügiger erweist. Da nun dieses Ressort das größte Arbeitsgebiet des Handelsministeriums bildet, da ferner der Gedanke sich aufdrängt, daß seine Loslösung von dem letzteren auch zuletzt eine sehr beklagenswerthe Hintansetzung der übrigen Gebiete der Verkehrswege (Sekundärbahnen, Wasserstraßen) bedeuten würde, so erhebt sich, insbesondere da die Bildung eines selbstständigen Eisenbahnministeriums auch aus politischen Gründen vielfachen Bedenken begegnet, sehr natürlich die Frage, ob es nicht für den Fürsten Bismarck genügend sein würde, wenn der in Aussicht genommene Eisenbahnminister, Herr Maybach, einfach Handelsminister würde.

So mußte die nervöse Heftigkeit, mit welcher Fürst Bismarck für alle Theile seiner Vorlage eintrat, einigermaßen überraschen. Denn daß er die Gründe, welche die Abgeordneten Miquel, Virchow Lasker und Windthorst der Dringlichkeit der Berathung und Beschlußnahme entgegenstellten, nicht anerkennen sollte, ist füglich nicht anzunehmen; diese Gründe stützten sich nirgends auf sachliche Bedenken, ein tieferes Eingehen darauf wurde auf allen Seiten vermieden und man beschränkte sich lediglich darauf, die Vorlage als eine lückenhafte und unreife zur Zeit aus Mangel an Information ablehnen zu müssen. Es gilt dies namentlich voll von der Abzweigung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium, für welche sachlich dem Anscheine nach sogar auf allen Seiten des Hauses eine übereinstimmend günstige Meinung zu herrschen scheint, während das Eisenbahnministerium viele prinzipielle Gegner aufzuweisen hat.

Es bleibt noch übrig der dritte Punkt der Vorlage, die Ernennung eines Vizepräsidenten des Staatsministeriums ohne Portefeuille. Hierüber schienen die Meinungen selbst innerhalb der nationalliberalen Partei getheilt. Es war während der ganzen Sitzung klar, daß, wenn sich für diesen Punkt eine Majorität ergeben sollte, da für diesen Posten der hochkonservative und hochkirchliche Graf Stolberg in Bereitschaft ist, die wesentlichsten Ziele des Fürsten Bismarck erreicht sein würden, ohne daß die mit so großer Ostentation in Aussicht gestellte Verwaltungs-Veränderung durchgeführt wäre.

Immer siegreicher aber brach im Laufe der Diskussion namentlich in der Nachtsitzung das Bewußtsein durch, daß auf dem Grunde der Dinge, eingehüllt in einen unscheinbaren Etatsnachtrag, ein wesentlich konstitutionelles Prinzip in Frage gestellt sei, und daß, wie der Abgeordnete v. Schorlemer-Alst bezeichnend sich ausdrückte, unter falscher Flagge Kontrebande einzuschmuggeln versucht werde, daß es sich darum handle, ob nir ein wahrhaft konstitutionelles Ministerium mit selbstständigen Männern oder ein autokratisches Regiment eines Ministerpräsidenten mit einer Anzahl ihm untergebener Hilfsarbeiter in Zukunft haben sollen.

Das von uns niemals bezweifelte Resultat war denn auch ein diesem Bewußtsein entsprechendes. Die Abzweigung der Domänen und Forsten wurde mit schwacher Majorität abgelehnt; etwa die Hälfte der Nationalliberalen stimmte dafür, jedoch nicht die Führer. Mit viel größerer Majorität wurde die zweite Forderung, die eines Eisenbahn-Ministeriums ebenfalls abgelehnt, dagegen das Gehalt für einen Vize-Präsidenten des Staatsministeriums ohne Portefeuille mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Zur Orientkrisis.

Der europäische Kongreß löst sich vorläufig, wie es scheint, in Wohlgefallen resp. in Mißbehagen auf. England will nicht zurückstecken und da England nicht will, so glaubt Frankreich und anscheinend auch Italien gleichfalls es nicht nöthig zu haben, die Ergebnisse von San Stefano zu sanktioniren. Unter diesen Umständen dürfte, wie gestern schon gesagt, eine Separatverständigung der Dreikaisermächte über die Orientfrage, oder richtiger gesagt, die Separatverständigung zwischen Oesterreich und Rußland über den San Stefano-Vertrag mit dem inzwischen erfolgten Eintreffen des Generals Ignatieff in Wien ihren eigentlichen Anfang nehmen. Das Terrain dazu soll recht gut geebnet worden sein, theils durch die Vermittelung von deutscher Seite, theils durch die trotz aller offiziösen Dementis doch bestandene Wiener Mission des Prinzen Alexander von Hessen, und endlich durch die Haltung Englands in der Kongreßfrage. Man will in politischen Kreisen schon heute wissen, daß Ignatieff diesmal bessere Erfolge erzielen werde, als vor Jahresfrist während seines damaligen Wiener Aufenthalts. Das ist möglich, wenn Ignatieff mit ganz bestimmten Anträgen dorthin kommt und weitgehende Vollmachten besitzt.

Wie unser Wiener □ Korrespondent unterm 26. ds. schreibt muß General Ignatieff, wenn er das Wiener Kabinet definitiv befriedigen will, namentlich in zwei Richtungen zu positiven Konzessionen ermächtigt sein:

Erstens muß er vorbehaltlos die Annektirung türkischen Gebiete durch Oesterreich, und zwar nicht blos der Herzegowina und Bosniens, zu konzediren im Stande sein; zweitens müßte Ignatieff für Rußland die formelle Verpflichtung übernehmen können, daß das Petersburger Kabinet die in den Friedenspräliminarien gezogenen Grenzen Montenegros und Bulgariens, Montenegros im Norden, Bulgariens im Westen, nach Oesterreichs Wunsch, aber ohne das Odium auf dasselbe zu wälzen, wieder einengen werde. Die westlichen Grenzen Bulgariens müßten übrigens nach hiesigen Anschauungen nur insofern mehr östlich geschoben werden, daß sie einen bequemen Austrittsweg für Oesterreich nach Albanien ꝛc. offen lassen; was Montenegro anbelangt, so will man ihm hier einen adriatischen Hafen und überhaupt im Süden die stipulirten Erwerbungen ganz belassen, dagegen soll der Bezirk von Cattaro nicht eingeklemmt und Montenegro nördlich überhaupt nicht weit über Antivari hinausgreifen dürfen. Das sind die hauptsächlichsten Punkte, welche Oesterreich vor Allem von Rußland zugestanden erhalten muß. Dazu kommen selbstredend noch weitere Fragen von mehr oder minder großer Wichtigkeit, und insbesondere sollen auch Fragen handelspolitischer Natur eine bedeutende Rolle dabei spielen. Wenn hier die Donaufrage nicht besonders erwähnt ist, so kommt dies daher, daß man in Wien eine befriedigende Regelung dieser Angelegenheit in Folge des deutschen Interesses an derselben bereits als gesichert betrachtet. Die österreichisch-russischen Abmachungen, wenn sie zur Thatsache werden, müßten übrigens, wie man hier betont, von unserer Seite nicht sofort praktisch durchgeführt werden, außer wenn England seinerseits irgend ein Hauptpfand im Orient ergreifen würde und wenn die griechischen Provinzen, anstatt von den Türken pacifizirt zu werden, sich an Griechenland sollten anschließen können.“

Erwähnt mag sein, daß in politischen Kreisen geglaubt wird, eine österreichisch-russische Verständigung würde auch auf England ihre Rückwirkung nicht verfehlen und dasselbe mindestens vom Aeußersten, d. h. vom Kriege zurückhalten. Aus den telegraphisch übermittelten Aeußerungen der Wiener Journale geht als Extrakt der öffentlichen Meinung in Oesterreich hervor, daß Graf Andrassy jetzt die gute Gelegenheit beim Schopf fassen müsse, um den österreichischen Interessen auch für die Zukunft gerecht zu werden.

* * *

Wir thaten gestern dem Telegraphen Unrecht, als wir der Vermuthung Raum gaben, er habe die eminent offiziöse Auslassung der Londoner „Morning Post“ verstümmelt, die in dem Satze gipfelt: „Rußland glaubt das orientalische Reich bereits in seiner Gewalt zu haben, welches doch bereits das Besitzthum Englands sei.“ Der Wortlaut dieser englischen Anmaßung liegt uns heut vor und bestätigt einfach die lakonische Wendung des Telegraphen. Wenn diese britische Unverschämtheit nicht gar zu burlesk wäre, könnte man sich fast über dieselbe ärgern — so: was will ein hohles Wort mehr oder minder in dem großen Streite sagen? Heut meldet die „Morning Post“, daß ein weiterer, aber fruchtloser Versuch gemacht wurde, „Rußland zur Anerkennung seiner Verantwortlichkeit Europa gegenüber zu bewegen, Rußland habe geantwortet, daß es an seiner ersten Anschauung festhalte. Wenn der Kongreß scheitere, dürften andere Mittel zur Erzielung einer Verständigung gesucht, aber wahrscheinlich nicht gefunden werden. Wenn Rußland dann nicht nachgebe, werde das heranziehende Ungewitter losbrechen.“ Um das heranziehende „Ungewitter“ noch recht schreckenerregend zu illustriren, wird noch aus New-York gemeldet, daß Agenten der englischen Regierung 18,000 Pferde in den West- und Südwest-Staaten als Remonte für die Kavallerie und Artillerie ankaufen sollen. Dieselben würden nach Kanada gesandt und von dort nach England weiter expedirt werden.

* * *

Das deutsche Wohlwollen, welches die französischen Republikaner an das Staatsruder Frankreichs geleitete, empfängt von

Heute die Donnerstags-Beilage: „Ulk“ (Nr. 13).